

Joachim Wentzel

Leibnizstraße 3/1001, 17036 Neubrandenburg, Tel. (0395) 7070695

per Fax 0395 5444 545

**Landessozialgericht M + V
Gerichtsstraße 10**

17033 Neubrandenburg

Neubrandenburg, 02.02.2006

Berufung - L 8 AS 10/05 (S 7 AS 3/05)

Die Kläger ergänzen ihr Vorbringen wie folgt:

1.

Gemäß dem Vortrag auf der Seite 23 der Berufung vom 01.12.2005 wurde zusammenfaßt, auf welche Aufsätze und Stellungnahmen von Fachleuten sich die Kläger in ihrem Vorbringen bezogen haben. Unter anderem waren folgende Schwerpunkte genannt:

- a) der Eckregelsatz ist falsch berechnet,
- b) aus dem Eckregelsatz sind Positionen unsachgemäß herausgerechnet,
- c) der Eckregelsatz ist zu Unrecht gekürzt und über die Jahre unzureichend angepaßt
- d) der Eckregelsatz ist nicht bedarfsdeckend,
- e) dem Eckregelsatz liegt keine ausreichend sichere Datenbasis zu Grunde,
- f) die Aufrechnungen zu Darlehen stellen Kürzungen des Eckregelsatzes dar.

Dieses Vorbringen gilt als Parteivorbringen und ist insoweit im Gerichtsverfahren nur als solches zu werten.

Die Kläger beantragen:

Gerichtliche Bestellung von neutralen Sachverständigen, die zu den o.g. Schwerpunkten a) bis f) jeweilige Gutachten dem Gericht vorlegen.

2.

Weitere Indizien, daß die Regelsätze zu niedrig sind.

<http://www.ksta.de/html/artikel/1138169232861.shtml>

Caritas: Folgen von Hartz IV verheerend

ERSTELLT 25.01.06, 16:49h

Hartz IV brachte viele Veränderungen.

Mülheim/Ruhr - Ein Jahr nach dem Start von "Hartz IV" kritisiert die Caritas in NRW verheerende Folgen der Arbeitsmarktreform. Die Caritas verzeichne einen deutlichen Anstieg der Fälle in der Schuldner- und Insolvenzberatung, sagte der Münsteraner Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann am Mittwoch auf einer Fachtagung in Mülheim an der Ruhr. An vielen Orten müssten Initiativen wie Tafeln, Suppenküchen, Kleiderkammern oder Sozialkaufhäuser neu gegründet werden.

Kessmann betonte, dass die Regelleistung von 345 Euro für einen "Hartz-IV"-Empfänger nicht ausreiche. "Die gestiegenen Miet- und Energiekosten werden in zunehmendem Maße nicht übernommen", beklagte er. Schon bei einem geringen Abweichen von den angemessenen Unterkunftskosten würden Empfänger des Arbeitslosengeldes II zu einem Umzug in eine billigere Wohnung oder gar in Notunterkünfte gezwungen.

Die angestrebte Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser gelinge dagegen "fast gar nicht". Die Arbeitagenturen nutzten die Ein-Euro-Jobs nicht als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt, sondern als Lösung bei Arbeitslosigkeit. Andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen würden von den Arbeitsagenturen aus Kommunen und Bundesagentur für Arbeit jedoch zu wenig ausgeschöpft.

3.

<http://www.welt.de/data/2006/01/14/831478.html>

Richtermangel am Landessozialgericht

Verfahrensflut nach der Einführung von Hartz IV - Präsident nennt Gesetz „handwerklich nicht sauber“

von Gudrun Mallwitz

Berlin/Potsdam - Arbeitslose in Berlin und Brandenburg erhalten weiterhin häufig fehlerhafte Bescheide für das Arbeitslosengeld II. "Jede dritte Klage vor den Sozialgerichten endete im vergangenen Jahr ganz oder teilweise erfolgreich", sagte der Präsident des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg, Jürgen Blaesing gestern in Potsdam.

Wie auch die Sozialgerichte erster Instanz müsse das Gericht inzwischen zunehmend viele Fälle über Streitigkeiten zu Hartz IV entscheiden. Allein 2005 standen beim Landessozialgericht 1000 Fälle zur Entscheidung an. 200 der Klagen endeten mit vollem Erfolg, weitere 100 mit einem Teilerfolg. Durch die Eile sei das Arbeitsmarktgesetz Hartz IV "handwerklich nicht gerade sauber erarbeitet" worden, stellte der Gerichtspräsident fest. "Es wird viel dagegen angegangen, und oft zu Recht."

Während im Durchschnitt rund ein Drittel der Klagen an den Sozialgerichten ganz oder teilweise erfolgreich endeten, liege die Erfolgsquote der Klagenden am Sozialgericht Potsdam sogar bei mehr als 50 Prozent. Der Grund dafür sei ihm nicht bekannt. **Laut Blaesing ist es fraglich, ob die Arbeitsmarktreform überhaupt verfassungsgemäß sei. Dabei spiele auch die Höhe der ausbezahlten Beträge eine Rolle.** In erster Instanz sei die Verfas-

sungsmäßigkeit bereits angezweifelt worden. "Meines Wissens gibt es aber noch keine Entscheidung."

Die Fälle über Streitigkeiten um Hartz IV seien oftmals nicht nur besonders schwierig, sondern aufgrund der existentiellen Bedeutung für die Kläger auch besonders eilbedürftig. Angesichts der wachsenden Flut von Klagen fürchtet der Gerichtspräsident, das vor einem halben Jahr fusionierte Landessozialgericht Berlin-Brandenburg werde mit dem derzeitigen Personal nicht auskommen. An dem Gericht arbeiten 47 Richter. Zwei Drittel von ihnen kommen aus Berlin.

Artikel erschienen am Sa, 14. Januar 2006

4.

Nach Angaben der Landessozialgerichte stieg die Zahl der Klagen und Eilanträge 2005 insgesamt um bis zu 30 Prozent. „Mit einem Anstieg in diesem Ausmaß haben wir nicht gerechnet. Da brennt die Luft,“, sagte der Präsident des Landessozialgerichts Jürgen Brand am Dienstag in Essen.

.... Die Erfolgsquote bei den Klagen im Zusammenhang mit Hartz IV liegt in Nordrhein-Westfalen derzeit bei rund einem Drittel und damit ungefähr auf dem Niveau anderer Klagen vor den Sozialgerichten. Doch könne diese Quote in Zukunft zumindest in den Eilverfahren deutlich ansteigen, *nachdem das Bundesverfassungsgericht kürzlich die Richter verpflichtet habe, im Zweifel zu Gunsten der Bürger zu entscheiden*, meinte Brand.

HANDELSBLATT, Dienstag, 31. Januar 2006, 15:55 Uhr

5.

<http://linkszeitung.de/content/view/6151/51/>

Späte aber richtige Einsicht

Karl-Josef Laumann:
Rundumschlag gegen Hartz IV

Düsseldorf (LIZ/ddp) - Nordrhein-Westfalens Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) zieht eine kritische Bilanz der «Hartz»-Arbeitsmarktreformen. Diese hätten «viel versprochen, aber nichts gehalten», sagte der CDU-Politiker am Donnerstag in Düsseldorf. Die Hartz-Gesetze hätten mehr als 3,5 Milliarden Euro verschlungen, aber für den Arbeitsmarkt und die Menschen nichts gebracht.

"In Nordrhein-Westfalen waren bei Einführung des ersten Hartz-Gesetzes 816.000 Menschen arbeitslos. Heute gibt es landesweit mehr als eine Million Menschen, die keinem Broterwerb nachgehen können", so der Minister. Auch an den Personal-Service-Agenturen (PSA) lässt Laumann kein gutes Haar, denn es gibt heute in NRW deutlich weniger reguläre Arbeitsplätze als noch vor drei Jahren. "Hier ist auf das falsche Pferd gesetzt worden."

Die Ein-Euro-Jobs führten sogar in Teilbereichen des Handwerks zur Verdrängung regulärer Jobs. Darüberhinaus stetzten die PSA die regulären Zeitarbeitsfirmen immer weiter unter Druck.

Letztlich müssten auch die Rücklagen der Betroffenen stärker als bisher anrechnungsfrei gestellt werden. "Das stärkt insbesondere die Menschen, die viele Jahre Beiträge gezahlt haben und im letzten Drittel ihres Berufslebens arbeitslos werden."

6.

Aus alledem ergibt sich die Bestätigung des Vorbringens der Kläger. Wegen der Abweichung von Zielvorgaben gegenüber der tatsächlich entstandenen Situation und Nichtberücksichtigung einer ausreichend sicheren Datenbasis bei der Festlegung der Eckregelsätze, ist die Einholung von Sachverständigengutachten erforderlich.

Sollte das Gericht es für erforderlich halten, dass die Kläger den Auftrag an die Sachverständigen mit ihren Worten formulieren, bitten die Kläger um einen gerichtlichen Hinweis.